



Gute Argumente, um am 29. Oktober
auf die Straße zu gehen!

#FAIRWANDEL

Deutschland muss Industrieland bleiben!

Am 29. Oktober machen wir Druck auf die neue Bundesregierung. Gemeinsam bringen wir unsere Forderungen auf die Straße: Sichtbar. Laut. Bundesweit. Denn es geht um unsere Zukunft!

Ganze Branchen stehen vor dem Umbruch: von der Automobilindustrie und der Stahlindustrie, über die Luftfahrt- und die Bahnindustrie, die maritime Wirtschaft, die angrenzenden industrienahen Entwicklungsdienstleister und die Elektroindustrie, bis zu den Einzelbranchen im Maschinen- und Anlagenbau. Die Transformation der Industrie – sie ist grundlegend und vielschichtig zugleich, sie erzeugt verschiedene Anforderungen, schlägt auch zeitlich ungleich ein. Aber: Sie betrifft uns alle! Darum zeigen wir bundesweit Flagge, an zahlreichen Standorten, in allen Regionen. Mit den jeweiligen branchen- und betriebsspezifischen Beispielen vor Ort demonstrieren wir Politik und Öffentlichkeit, dass es um mehr geht als neue Windräder und Ladesäulen für E-Autos. Wir erhöhen die öffentliche Sichtbarkeit für unsere Forderungen und machen deutlich, was für uns zählt: Sicherheit und Perspektiven für unsere Kolleginnen und Kollegen, für ihre Arbeit! Wir packen unsere Kolleg*innen bei ihren Themen und Anliegen, dort, wo es vor Ort brennt, wo die Auswirkungen der Transformation konkret und greifbar werden. Auch an sie richten wir ein Signal: Es geht um Eure Zukunft! Eure Stimmen zählen! Nur gemeinsam sind wir stark.

Wir erinnern Arbeitgeber und Politik an ihre Verantwortung. Die Arbeitgeber sind in der Pflicht. Sie müssen investieren, Beschäftigte qualifizieren und Strategien für den Umbau von Produktion, Lieferketten und Wertschöpfungsnetzwerken entwickeln. Aber auch die Politik muss liefern. Vage Programme, Absichtserklärungen und Verbote reichen nicht. Und der Markt allein regelt das schon gar nicht. Eine mutmaßlich sozialdemokratisch geführte Bundesregierung unter der Kanzlerschaft von Olaf Scholz ist noch lange kein Selbstläufer für die Umsetzung gewerkschaftlicher Forderungen. Koalitionsverträge bieten häufig Interpretationsspielräume, die noch mit Leben gefüllt werden müssen. Und auch die Arbeit einer Regierungskoalition ist stets ein Aushandeln von Kompromissen. Daher geht es darum, die richtigen Prioritäten zu setzen, damit kein politischer Stillstand auf der Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner droht. Die neue Bundesregierung muss die richtigen Weichen stellen, für Planbarkeit sorgen und die notwendigen Investitionen anstoßen. Es geht jetzt um die konkrete Umsetzung der Energie- und Mobilitätswende, um den Umbau der Industrie. Das muss im Mittelpunkt des Regierungshandelns stehen.

Wir fordern die verhandelnden Parteien daher mit Nachdruck auf: Jetzt ist nicht die Zeit für Zögern und Taktieren – jetzt muss geliefert werden! Sonst werden ganze Regionen deindustrialisiert. Und das trifft auch das regionale Handwerk, den Einzelhandel und die Dienstleistungsbranche. Die Folgen wären fatal: Arbeitsplatzabbau, Wohlstandsverlust und gesellschaftliche Spaltung.

Vor der Bundestagswahl haben wir klare Forderungen formuliert. Jetzt sprechen die Parteien über mögliche Koalitionen und Inhalte. Der neue Bundestag tritt am 26. Oktober erstmals zusammen, zugleich wird über die Bildung der neuen Bundesregierung verhandelt. Und wir Metallerinnen und Metaller gehen am 29. Oktober auf die Straße. Wir machen damit klar, was wir vom neuen Parlament und den Sondierer*innen und Koalitionsverhandler*innen erwarten. Wir müssen uns jetzt einmischen. Denn: In den nächsten Wochen werden entscheidende Rahmenbedingungen für die nächsten Jahre gesetzt. Für die Zukunft der Industrie. Für unser tarifpolitisches Handeln. Für unsere Arbeit in den Betrieben.

Umso wichtiger ist unser Signal an die kommende Bundesregierung: Wir Metallerinnen und Metaller verlangen ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Deutschland!

Darum fordern wir:

1. Sichere Brücken in die Arbeitswelt von Morgen – keine Entlassungen in der Transformation!

Neue Wertschöpfung und neue Beschäftigung müssen an unseren Standorten in unseren Regionen entstehen. Dafür braucht es sichere Brücken in Tätigkeiten und Berufsfelder von morgen, dafür braucht es eine Ausweitung der Qualifizierungsmöglichkeiten für Beschäftigte. Unser aller Anspruch muss lauten: Niemand soll Angst vor der Zukunft haben müssen. Deshalb fordern wir einen solidarisch und gerecht finanzierten Sozialstaat, der Sicherheit im Wandel gewährleistet und die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Es geht um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Akzeptanz für den notwendigen Umbau unserer Industrien. Und es geht um den Wert und die Würde der Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen.

- ▶ Wir fordern einen verbindlichen Anspruch auf Weiterbildung, damit Berufstätige beispielsweise eine zweite Ausbildung oder ein Studium aufnehmen können, um den Anforderungen an neue Tätigkeiten und Berufsfelder gerecht zu werden – ohne Entgeltverluste. Denn: Die betroffenen Kolleg*innen stehen mitten im Leben, haben finanzielle Verpflichtungen. Sie können sich unbezahlte oder schlecht entlohnte Weiterbildungszeiten schlicht nicht leisten.
- ▶ Wir brauchen ein Transformationskurzarbeitergeld, das den Lohnersatz und die finanzielle Förderung für eine berufliche Weiterbildung während der Kurzarbeit gewährleistet. Nur so können Entlassungen vermieden und Beschäftigte für neue Aufgaben qualifiziert werden. Dazu gehört auch eine Ausweitung des ALG I-Bezugs auf 24 Monate. Auch die Transferkurzarbeit muss zukunftsfest gemacht werden – indem der Bezug von Transferkurzarbeitergeld auf 24 Monate verlängert wird. Erst in diesem zeitlichen Rahmen ist es vielen Kolleginnen und Kollegen möglich, eine tragfähige Qualifizierung oder Umschulung abzuschließen. Für rentennahe Kolleg*innen braucht es zudem abgesicherte Übergänge in den Ruhestand.
- ▶ Wir fordern daher dauerhaft die Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren – und sagen unmissverständlich Nein zur Rente mit 67 oder 68! Nicht nur der viel zitierte Dachdecker, auch andere Berufsgruppen schaffen es weder bis 67, noch darüber hinaus. Wer an der Schraube Rentenalter dreht, kürzt für viele Menschen in diesem Land die Rente. Das ist ungerecht.

2. eine aktive Industrie- und Strukturpolitik für zukunftsfähige Arbeitsplätze und sichere Ausbildung – an unseren Standorten, in unseren Regionen! Klimaschutz geht nur mit Guter Arbeit.

Innovationen, Infrastrukturen, Investitionen: Das sind zwar wichtige Stellschrauben, um den Umbau unserer Industrien zu bewältigen. Der Erfolg einer sozial-ökologischen Transformation entscheidet sich aber nicht allein an Reißbrettern, Ausbaupfaden und Fördervolumen. Wirklich nachhaltig und fair wird der Wandel nur gelingen, wenn es auch in Zukunft gute Arbeit an unseren Standorten in unseren Regionen gibt. Staatliche Gelder dürfen nicht in Unternehmen gesteckt werden, die Standorte schließen, verlagern und erkämpfte Standards schleifen wollen. Kein staatliches Geld für Unternehmen, die keine Tarifbindung haben wollen und Mitbestimmung in Frage stellen, umgehen oder direkt angreifen. Wir wollen mitentscheiden, wohin die Reise geht. Nicht mitgenommen werden, sondern mitbestimmen!

- ▶ Klar muss deshalb sein: Steuermittel für Unternehmen darf es nur mit sicherer, **zukunftsfähiger Beschäftigung** geben. Industrielle Wertschöpfung muss an deutschen und europäischen Standorten entstehen – über die gesamte Wertschöpfungskette, von Forschung und Entwicklung bis zu Produktion und Montage. Staatliche Förderung muss nach verbindlichen nachhaltigen Kriterien erfolgen:
 - Es braucht Beschäftigungs- und Investitionszusagen für unsere Standorte. Staatliche Unterstützung wie das Kurzarbeitergeld in Anspruch nehmen und gleichzeitig die Produktion verlagern – das darf nicht sein!
 - Bedingung muss auch die Sicherung der Ausbildung sein. Durch verbindliche Ausbildungsquoten für geförderte Unternehmen, durch verbindliche Übernahme von Ausgebildeten. Es macht keinen Sinn, ständig über den Fachkräftemangel zu lamentieren, zugleich aber die Ausbildung runterzufahren.
 - Voraussetzung für staatliche Förderung muss ein konkreter Plan sein, im Rahmen eines Zukunftstarifvertrages, mit Betriebsvereinbarungen. Dazu gehören zwingend auch Maßnahmen zur Qualifizierung der Beschäftigten. Zukunftstarifverträge sollten durch bessere Abschreibungsbedingungen für beschäftigungswirksame Investitionen gefördert werden. Hier können für Unternehmen Anreize gesetzt werden.
 - Klar ist auch: Nachhaltige Beschäftigung geht mit nachhaltigen Produkten und Produktionsprozessen Hand in Hand. Der ökologische Umbau muss deshalb auch durch die Stärkung von betrieblichen Nachhaltigkeitsinitiativen und die Förderung der ressourcenschonenden Repair-, Recycling- bzw. Kreislaufwirtschaft vorangetrieben werden.
- ▶ Schluss mit Lohndrückerei und Niedriglohnsektor! Wer gute Arbeit in der Transformation ermöglichen und das Rentensystem über gut bezahlte Arbeit stärken will, muss die Rahmenbedingungen für starke **Tarifbindung** und wirksame **Mitbestimmung** schaffen:
 - Indem die direkte Tarifbindung zur Voraussetzung für öffentliche Vergaben und gesetzliche Privilegierung gemacht werden. Bei Betriebsaufspaltungen muss die Tarifbindung fortgelten.

- Unsere Kolleginnen und Kollegen brauchen mehr Mitbestimmungsrechte bei Beschäftigungs- und Standortsicherung und Qualifizierung. Verhandlungen über einen Interessenausgleich müssen – anders als zurzeit – bei Betriebsänderungen unbedingt erzwingbar gemacht werden. Das ist ein zentrales Instrument für Branchen und Unternehmen im Wandel.
- Die Umgehung und Verhinderung von Mitbestimmung muss wirksam bekämpft werden! Es braucht mehr Rechte für mehr Beschäftigte in mehr Unternehmen. Deshalb: Schwellenwerte für die paritätische Mitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte senken und Schlichtungsverfahren statt Doppelstimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden.
- ▶ Der Erfolg der Transformation entscheidet sich in den Betrieben vor Ort – aber auch mit den Rahmenbedingungen, die in Brüssel und Berlin gesetzt werden. Wir fordern deshalb:
 - eine klare Absage an Subventionswettbewerbe in Europa zu Lasten der industriellen Regionen Deutschlands. Wir brauchen eine europäische Industrie- und Strukturpolitik, die Schlüsseltechnologien (z.B. Halbleiter, Batteriezellen und Wasserstoff) konsequent fördert, aber auch eine Industrialisierung an den heutigen Standorten vorsieht. Wenn aus Forschung und Entwicklung beschäftigungswirksame Produktion wird, muss das auch an unseren Standorten passieren. Dafür muss das europäische Beihilferecht zügig reformiert werden.
 - die Einführung eines wirksamen Grenzausgleichsmechanismus an Europas Außen- grenzen, damit unsere ökologischen und sozialen Standards nicht unterlaufen werden. Sonst haben umweltfreundlichere, aber teurere Produktionsverfahren etwa beim Stahl auf dem Weltmarkt keine Chance.
 - Die Beteiligung von Beschäftigten und Zivilgesellschaft, Unternehmen und öffentlichen Institutionen in der Entwicklung regionaler Transformationsprojekte muss gefördert werden. Die öffentliche Förderung dieser Projekte – wie derzeit etwa aus dem Zukunftsfonds Automobil – muss auch unter der neuen Bundesregierung fortgeführt und ausgebaut werden.
 - Wir fordern eine rasche Umsetzung und Fortführung der angestoßenen Förder- programme für Weiterbildungs- und Qualifizierungscluster in den Transformations- regionen, außerdem eine Verzahnung mit dem Förderinstrumentarium für Weiterbildung.

3. Öffentliche Investitionen in die Infrastruktur und für den Umbau unserer Industrien – und verlässliche Rahmenbedingungen!

Dem Klimawandel begegnen wir nicht allein mit Grenzwerten. Es braucht milliarden-schwere Investitionen in nachhaltige Produkte und Produktionsverfahren, um den CO₂-Ausstoß zu senken. Hier passiert zu wenig. Deutschland hinkt im europäischen Vergleich im unteren Drittel hinterher. Mangelhafte Infrastruktur – ob beim Breitband oder Straße und Schiene – liefert Unternehmen die Argumente, Arbeitsplätze und Standorte zu verlagern.

Viele Betrieben sind verunsichert, mahnen fehlende Planbarkeit an, schrecken vor Investitionen zurück. Kleinen und mittelständischen Unternehmen fehlt häufig das nötige Eigenkapital. Nachhaltige Technologien müssen nicht nur entwickelt, sondern auch im industriellen Maßstab wettbewerbsfähig produziert werden können. Betriebswirtschaftlich rechnet sich das häufig nicht. Es mangelt an Leitmärkten und Anreizstrukturen, die den Absatz garantieren, an Schutz vor Billigimporten aus Ländern mit niedrigen sozialen und ökologischen Standards. Wird jetzt nicht investiert, verlieren wir den Anschluss an die nächsten Entwicklungssprünge. Und die Klimaziele werden auch nicht erreicht.

Deshalb fordern wir unter anderem:

- ▶ Wir wollen CO₂-freie **Mobilität**, aber auch bezahlbare und zugängliche Mobilitätsangebote in Stadt und Land. Es braucht deshalb zügig einen Turbo für den Ladesäulenausbau mit einem verbindlichen Ausbauplan, damit die Ladeinfrastruktur mit dem schnellen Hochlauf der Elektromobilität Schritt hält. Für Bereiche wie Nutzfahrzeuge, Luftverkehr oder die maritime Wirtschaft fordern wir Offenheit für alternative CO₂-freie Antriebe auch jenseits der Batterieelektrik. Es braucht Programme zur Förderung strategischer Leitmärkte, zum Beispiel für Halbleiter, für autonomes Fahren, die Schiene und für den Auf- und Ausbau einer Wasserstoffinfrastruktur.
- ▶ Wir sind überzeugt: **Stahl** hat Zukunft! Deutschland und Europa brauchen auch morgen eine Grundstoffindustrie als Fundament für weitgehend geschlossene industrielle Wertschöpfungsketten. Sonst machen wir uns bei einem zentralen Baustein unserer Schlüsselindustrien abhängig. Wohin das führt, sehen wir derzeit bei den Halbleitern. Um Wasserstoff in der Stahlproduktion zum Durchbruch zu verhelfen, braucht es staatliche Unterstützung: durch einen Transformationsfonds Stahl (in der Höhe von 10 Mrd. Euro bis 2030), den schnellstmöglichen Auf- und Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur und Carbon Contracts for Difference, um gegen Billigimporte bestehen zu können.
- ▶ Der Ausbau der **erneuerbaren Energien** muss beschleunigt werden. Bis 2030 müssen 70 Prozent unseres Energiebedarfs dadurch gedeckt werden. Die Flächenverfügbarkeit muss erhöht, die Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Der Strompreis muss gesenkt werden. Daher: EEG-Umlage abschaffen und aus Steuern finanzieren. Und die Stromsteuer absenken. Das senkt den Strompreis für private Verbraucher*innen.
- ▶ Transformation ist mehr als Klimaschutz. Wir brauchen auch eine **Digitalisierungs-offensive**, mit einer ausgebauten und verlässlichen digitalen Infrastruktur und einem souveränen europäischen Ökosystem. Wir fordern deshalb u.a. verbindliche Ausbaupläne der Netzinfrastruktur für ein flächendeckendes 5-G Netz – mit dem Ziel einer 100%-Abdeckung am Ende der Legislaturperiode.

4. eine solidarische Finanzierung – Lasten und Kosten gerecht verteilen, Krisengewinner zur Kasse bitten!

Um die nötigen Zukunftsinvestitionen aufbringen zu können, braucht es einen handlungsfähigen Staat. Kommende Generationen wollen keinen Schuldenberg erben. Sie machen sich aber vor allem auch Sorgen um ihre beruflichen Perspektiven und den Klimawandel. Zugleich haben Super-Reiche wie Elon Musk oder Jeff Bezos während der Corona-Krise ihr Vermögen weiter angehäuft – während Leiharbeiter*innen ihren Job verloren haben. Klar muss sein: Investitionen in den Umbau und gute Arbeit lautet die Devise – nicht Standortverlagerungen und exorbitante Dividenden für Aktionär*innen.

Die steuerpolitischen Reformen der letzten Jahrzehnte belasten einseitig die finanziell schlechter Gestellten. Wir sehen einen höheren Anteil der Steuereinnahmen durch Konsumsteuern, der überproportional von Geringverdiener*innen getragen wird. Stattdessen wurde der Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer in den vergangenen Jahren ebenso wie die Körperschaftsteuer gesenkt. Unter Helmut Kohl lag der Spitzensteuersatz zeitweise bei 56 Prozent, heute bei 42 Prozent. Dafür greift er heute aber bereits ab einem zu versteuernden Einkommen von unter 59.000 Euro. Das betrifft nicht nur Spitzenverdiener. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander.

- ▶ Für die nächsten 10 Jahre braucht es zusätzliche öffentliche Investitionen in Höhe von jährlich 50 Milliarden Euro, in den öffentlichen Nahverkehr, die Stromnetze, den flächendeckenden Breitbandausbau, die Digitalisierung von Schulen und vieles mehr. Was es dabei nicht braucht: schwarze Nullen und Schuldenbremsen, die vor allem Investitionen bremsen. Die bestehenden Schuldenbremsen in Bund und Ländern müssen dringend reformiert werden.
- ▶ Für unsere Branchen und Betriebe brauchen wir einen Transformationsfonds für Zukunftstechnologien und die ökologisch nachhaltige (Weiter-)Entwicklung industrieller Standorte in unseren Regionen – mit einem Volumen von zunächst 120 Milliarden Euro.
- ▶ Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen und Zulieferer in den Mobilitätsbranchen und dem angrenzenden Maschinenbau benötigen Unterstützung zur Finanzierung von Investitionen in neue Geschäftsmodelle, für Netzwerk- und Beratungsangebote, in Qualifizierung und damit in sichere Perspektiven für gute Arbeit, in den Umbau von Produkten, Produktionsprozessen und Wertschöpfungsketten.
- ▶ Wir fordern außerdem eine Reform des Steuersystems. Niedrige und mittlere Einkommen müssen entlastet werden. Daher: Spitzensteuersatz auf 49%, Reichensteuer auf 52% erhöhen. Der Spitzensteuersatz soll dafür erst ab einem zu versteuernden Einkommen von 76.800 Euro greifen. Außerdem gehört der Grundfreibetrag angehoben. Die pauschale Kapitalertragssteuer muss abgeschafft und eine Vermögenssteuer wiedereingeführt werden.